

**Stellungnahme des Verbands Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen
zur KMK-Empfehlung „Verbraucherbildung an Schulen“
(Beschluss der Mitgliederversammlung am 21.3.2014)**

Geschäftsstelle:
Blumenstraße 19
26121 Oldenburg
info@voebas.de

In ihrem Beschluss vom 12.9.2013 fordert die Kultusministerkonferenz schulische Verbraucherbildung mit dem Ziel eines „verantwortungsbewussten ..., reflektierten und selbstbestimmten Konsumverhaltens“, das sich insbesondere in den Handlungsfeldern „Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherrecht, Ernährung und Gesundheit, Medien und Information“ sowie „nachhaltiger Konsum und Globalisierung“ zu bewähren habe. Diese Themen sollen nach der Vorstellung der KMK „alters- und zielgruppenspezifisch sowie schulform- bzw. schulstufenspezifisch“ in den „Unterricht eines oder mehrerer Unterrichtsfächer integriert werden“, welcher durch „außerunterrichtliche Aktivitäten bzw. außerschulische Lernorte“ zu „ergänzen“ sei.

1. Die generelle Zielsetzung der KMK-Empfehlung findet unsere Unterstützung. Zu kritisieren ist allerdings die **Vernachlässigung der curricularen Entwicklung** in den Bundesländern: Die (ökonomische) Verbraucherbildung, die neben den wirtschaftlichen Zusammenhängen auch die politischen, sozialen, ökologischen und rechtlichen Implikationen des Konsums einbezieht, ist Bestandteil aller Konzeptionen und Fächer der ökonomischen Bildung und in den entsprechenden Curricula verankert. So weisen die niedersächsischen Kerncurricula für das Fach Wirtschaft an Haupt-, Real- und Oberschulen ein umfangreiches Themenfeld „Verbraucherinnen und Verbraucher im Wirtschaftsgeschehen“ aus, das praxis- und kompetenzorientiert erarbeitet wird. Auch die Curricula für die Kombinations- bzw. Integrationsfächer Politik-Wirtschaft, Wirtschaft und Recht, Arbeit-Wirtschaft-Technik oder Sozialwissenschaften enthalten in ihren ökonomischen Themenfeldern explizite Vorgaben für eine an der Alltags- und Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler orientierte Verbraucherbildung. Die Empfehlung übersieht im Übrigen auch die curriculare Entwicklung in den naturwissenschaftlichen Fächern, die im Sinne lebensweltlicher Anwendungsbezüge schon heute Fragen nach der gesunden Ernährung oder nach der Sicherheit im Haushalt aufwerfen und fachlich wie didaktisch kompetent bearbeiten.

2. Wir wenden uns gegen die aus der Empfehlung abgeleitete Forderung nach einem separaten Unterrichtsfach „Verbraucherbildung“ oder „Alltags- und Lebensökonomie“, wie es u.a. vom Deutschen LandFrauenverband propagiert wird. Die parteiliche **Fokussierung auf die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher** in einem Schulfach „Verbraucherbildung“ erleichtert nicht, sondern **erschwert die angestrebte kritische Reflexion des eigenen Konsumverhaltens**, weil sie die erstens die relativierenden Perspektiven anderer wirtschaftlicher und politischer Akteure (Unternehmen, Staat), zweitens wesentliche gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge (Ordnungen, Interdependenzen, Kreislaufprozesse) und drittens die Konflikthaftigkeit der Interessen und Ziele ausblendet, welche die einzelnen Menschen in ihren jeweiligen Rollen als Konsumenten, (abhängige und selbstständige) Erwerbstätige, Kreditnehmer, Geldanleger, Steuer- und Beitragszahler, Transferempfänger und Staatsbürger verfolgen.

3. Die Forderung nach einem Fach „Verbraucherbildung“ **unterschätzt die qualifikatorischen und materiellen Voraussetzungen** seiner flächendeckenden Etablierung. Die enorme thematische Bandbreite eines so konzipierten Fachs (Ernährung, Gesundheit, Betreuung und Versorgung im Haushalt, Grundkenntnisse der Nahrungszubereitung, Finanzkompetenz, Verbraucherrecht, internationale Finanzmärkte, Ökologie, Ergonomie, Grundwissen zu Unternehmen etc.) führt entweder zur Überforderung oder zur Oberflächlichkeit. Weder heute noch in absehbarer Zukunft gibt es in hinreichender Zahl Lehrkräfte, die dieses enorme Pensum seriös schultern können. Auch fehlt an den meisten Schulen die Arbeitsinfrastruktur für die Praxisanteile des Faches (insbesondere Schulküchen), vor allem an den Gymnasien und Realschulen, aber auch an vielen Hauptschulen bzw. an den neuen Oberschulen (mit dem etablierten Fach Hauswirtschaft); es ist illusorisch, von den kommunalen Schulträgern kurz- oder mittelfristig die Bereitstellung einer so kostenträchtigen Infrastruktur zu erwarten. Dies schließt allerdings nicht die - an niedersächsischen Real- und Oberschulen im Rahmen der individuellen Schwerpunktbildung bereits gegebene - Möglichkeit aus, dass Schüler/innen das Profil Gesundheit und Soziales mit zwei oder vier Wochenstunden wählen können.

Fazit: Verbraucherbildung bedarf keines neuen Schulfachs, das sich auf Aspekte der privaten Lebensführung beschränkt, sondern der flächendeckenden Institutionalisierung ökonomischer Bildung, welche die Gesamtheit der wirtschaftlichen Akteure in ihren Aktionen, Interaktionen und Interdependenzen in den Blick nimmt und in Kooperation mit anderen Fächern zur viel beschworenen Mündigkeit der Verbraucher beiträgt.